

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 37 (1957-1958)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Oxforder Kongreß der Liberalen Weltunion

Im April 1947 kam in Oxford eine Anzahl bekannter liberaler Politiker und Schriftsteller zusammen, um über eine neue Form des Zusammenschlusses zu beraten und dem vor dem zweiten Weltkrieg in den verschiedenen liberalen Parteien verkörperten Liberalismus eine überstaatliche Selbständigkeit zu sichern. Trotz der durch den Krieg bedingten Erschütterung der nationalen parteipolitischen Verhältnisse gelang es, im *Liberalen Manifest* die Grundlage einer neuen Organisation festzulegen, in der alle freiheitlichen, jeglichem Kollektivismus und marxistischen Aberglauben feindlichen, demokratisch-parlamentarischen politischen Kräfte ihrer Solidarität tatkräftig Ausdruck geben könnten.

Der vom 28. bis 31. August tagende Oxforder Kongreß war also eine kleine Jubiläumsfeier des internationalen Liberalismus nach zehn Jahren eines allmählichen und doch erstaunlichen Wiederaufstieges der liberalen Idee in die Ehren und Rechte einer geschichtsbildenden und politisch tragenden Kraft. Die liberalen Parteien als solche sind zwar heute meist kleine Minoritäten, doch ihr Liberalismus hat seine konservativen und sozialistischen Konkurrenten so sehr von innen aus durchdrungen, daß für die Mehrheit Freiheitlichkeit und parlamentarische Demokratie synonyme Begriffe geworden sind.

Der Oxforder Kongreß veranschaulichte diese Tatsache durch das große Übergewicht der idealistischen, prinzipientreuen, kompromißlosen Liberalen über alle anwesenden opportunistischen Politiker, deren Festhalten um jeden Preis an der Zugehörigkeit zur «Linken» und ihren antimilitaristischen und antitraditionellen Vorurteilen sie verblendet, im Angesichte der furchtbarsten Gefahr aus dem Osten, die jemals die abendländische Menschheit bedroht hat. Das Verdienst für diese Einstellung des Kongresses gebührt vor allem dem schweizerischen Vizepräsidenten der Liberalen Weltunion, *W. Bretscher*, und dem italienischen Vizepräsidenten, *Malagodi*, als Hauptrednern, ebenso wie dem Ehrenpräsidenten der Union, *Salvador de Madariaga*, und ihrem Präsidenten, dem belgischen Senator *Motz*. Charakteristisch für diese Einstellung war ganz besonders die Teilnahme am Kongresse seitens Vertretern liberaler Richtungen aus den Reihen der Exilpolitiker aus dem unterjochten Osteuropa. Die Einheit Europas, symbolisiert durch die heute schon so realistischen Hoffnungen auf eine westeuropäische Zollunion, umfaßte in der einheitlichen Vorstellung der Kongreßteilnehmer sowohl die freien als auch die unterjochten Völker der alten Welt, und niemand gab dieser Vorstellung besseren Ausdruck als Madariaga, der vor der Identifizierung der Sowjetunion mit dem Vaterlande des russischen Volkes eindringlich warnte. Der Kongreß war ja im Grunde genommen vorwiegend «europäisch», und der vereinzelte Vertreter Siams und die wenigen Amerikaner, beziehungsweise Kanadier und Westinder vermochten daran nichts zu ändern.

Der Vortrag Malagodis über das Thema der sozialen Sicherheit erregte wenige Kontroversen. In seiner Verwerfung der Etatisierung der sozialen Fürsorge war er viel gemäßigter als der aggressiv-antisozialistische Beitrag des Schweizer Dr. *Egli* während der Diskussion. Der Berichterstatter warnte überzeugend vor der großen Gefahr, daß in vielen demokratischen Ländern der von den Sozialisten als Endzweck angestrebte

«Wohlfahrtsstaat» nicht nur die freie Gesellschaft bedrohe, sondern auch die Inflation antreibe, deren Auswirkungen zur Arbeitslosigkeit und zur Untergrabung der sozialen Sicherheit führen müsse. Die einstimmig angenommene diesbezügliche Resolution verlangt eine liberale Politik in der Produktion, im Handel und in den monetären Beziehungen und auch in der Erziehung, um eine möglichst breite Streuung des privaten Eigentums, eine mögliche Gleichheit der Chancen und eine prosperierende, die Wohlfahrt der Werktätigen mit eigenen Mitteln sichernde, auf freiem Unternehmungsgeist beruhende Wirtschaft zu erlangen. Die Pflicht der Gesellschaft zur Verhinderung jeglicher unverschuldeten Notlage und zur Verbürgung ärztlicher und sonstiger Hilfe an alle materiell Bedürftigen, besonders im hohen Alter, darf aber nach liberaler Überzeugung nicht zu einem sozialen Sicherheitsmonopol des Staates führen. Die Entschließung hebt auch die mit dem gemeinsamen Markt und auch der Freihandelszone verbundenen Hoffnungen hervor. Alle Redner waren sich darin einig, daß die Inflationsgefahr mit allen Mitteln bekämpft werden müsse, die Übersteuerung der Produktion die freie Wirtschaft bedrohe, die sozialistisch-korporative Auffassung der Sozialpolitik die Arbeitsfreudigkeit untergrabe und die soziale Arbeitspflicht durch ein angebliches Recht «jedermanns auf des Nächsten Kosten zu leben» zu ersetzen trachte.

Im Vordergrund des Kongresses stand aber zweifellos der Bericht des Chefredaktors der «Neuen Zürcher Zeitung», W. Bretscher, über die «Verteidigung des Westens». Seine glänzend durchgearbeitete und gründlichst mit Tatsachen untermauerte Rede war durchaus der Zeitung würdig, die heute in Europa das weitaus bestinformierte und bestredigierte Tagesblatt ist. Es war wohl höchste Zeit, das öffentlich festzustellen, was die meisten Regierungen noch kaum beim richtigen Namen zu nennen wagen, nämlich die absolute Unmöglichkeit auf eine Verständigung mit einer Macht zu rechnen, welche die Vernichtung der abendländischen Demokratie und Kultur zur eigenen Staatsräson gemacht hat und konsequent darnach handelt. Als ob das Schicksal der Abrüstungsverhandlungen nicht die natürliche Folge einer Politik wäre, die seit der Kapitulation der Westmächte in Jalta durch einen Vertragsbruch nach dem anderen die Hälfte Europas bereits unter das kommunistische Joch gebracht hat. Die Atlantische Allianz ist aber infolge des gegenwärtigen atomaren Gleichgewichts zwischen Ost und West nicht mehr imstande, mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften die Sicherheit des Westens zu verbürgen und Westeuropa ist dabei in eine eventuell gefährliche Abhängigkeit amerikanischer Hilfe geraten. Bretscher konzentrierte seine Rede hauptsächlich auf die Beantwortung der Frage, was der Westen tun müsse, um eine Lage — früher oder später — zu vermeiden, «in der die freie Welt oder Teile der freien Welt die furchtbare Wahl treffen müßten zwischen politischer Kapitulation und einer allgemeinen atomaren Apokalypse». Daher müßten in den Ländern des Westens konventionelle Rüstungen und Streitkräfte auf einen Stand gebracht werden, der das nichtatomare und militärische Gleichgewicht herstellen könnte.

Die Diskussion über die vorgeschlagene Entschließung zeigte deutlich, wie groß die Kluft ist, welche die mehr rechtsstehenden, konservativen Liberalen von den doktrinären, utopistischen Weltfriedensaposteln trennt, welche der realen Gefahr der russischen Panzer, Düsenflieger und atomaren Ferngeschosse mit verbaler und idealistischer Propaganda begegnen möchten. Englische und skandinavische Liberale kritisierten Bretschers «Militarismus», dem sie ihren Glauben an die Vereinten Nationen, an die allgemeine Abrüstung und an die Macht der demokratischen Idee entgegenstellten. Ein Pole ging sogar soweit, vom Kongreß die Unterstützung der utopistischen Idee einer Neutralisierung Mitteleuropas zwischen Rhein und Bug zu verlangen, als ob Chruschtschew nicht klar genug jegliche Aussprache über die Verfassungen der «Volksdemokratien» abgelehnt und jeglichen Abzug russischer Truppen von einem «Sicherheitspakt» abhängig gemacht hätte, der die Unantastbarkeit «der Errungenschaften des Sozialismus» garantieren würde. Ein junger Vertreter der deutschen F. D. P. beklagte sich bezeichnenderweise über das mangelnde Verständnis der Entschließung für «das russische Sicherheitsbedürfnis» (!?) und empörte die Mehrheit der Kongreßteilnehmer

durch seine Verkettung der Wiedervereinigungs- und Grenzfrage mit einem wahlpolitischen Angriff auf Adenauer.

Bretscher, der ebenso gut englisch spricht wie Malagodi und dabei ein ebenso väterlich geduldiger, wie schlagfertiger Polemiker ist, ging aus dem Kampfe siegreich hervor, obgleich er den Kongreß zur Ablehnung eines Antrages auf Friedenssicherung durch eine Polizeitruppe der Vereinten Nationen aufrufen mußte. Hierin fand er willige Unterstützung seitens des Vizepräsidenten der britischen Liberalen Partei, Sir Andrew McFadyean, der seinen englischen Parteifreunden die Augen zu öffnen trachtete über die bittere Realität der «Koexistenz» mit den geschworenen Todfeinden der Freiheit. Ebenso überzeugend sprachen Madariaga und die Franzosen Bonnefous und Devinat und auch der Amerikaner Zeisler. Der Kanadier Sinclair unterstützte kategorisch die vom Berichterstatter betonte Feststellung, daß eine relativ bescheidene Anstrengung genügen würde, um durch ein entsprechendes Milizsystem die im Ernstfalle benötigte Truppenstärke zu sichern, ohne den Staatshaushalt der einzelnen Länder inflationistisch zu gefährden. Schließlich gab auch der größte Kritiker des Berichterstatters, der Präsident der britischen Liberalen, L. Behrens, nach und stimmte der Entschliebung zu.

Die Befreiung der von Stalin unterjochten Völker Europas wurde auch zum Gegenstande einer würdigen Resolution, wobei den ungarischen Rednern ein enthusiastischer Empfang bereitet wurde. Auch die polnischen, tschechoslowakischen, jugoslawischen und anderen Exilpolitiker wurden beifälligst begrüßt und des Briten Micklem Verurteilung der Koexistenz mit Sklavenhaltern erregte Begeisterung. Ebenso großen Erfolg hatte die von den Vertretern Israels eingebrachte Entschliebung, welche die Freiheit der Schifffahrt im Suezkanal und im Golf von Akaba verlangt. Zum Schluß unterstrich der Präsident Motz die Aufgaben der Liberalen in der Bekämpfung des Nationalismus, der heute bei den Sozialisten am stärksten hervortritt, in der Hebung der rückständigen Völker Asiens und Afrikas, in der freiheitlichsten Einigung Europas und in der Werbung unter der Jugend.

Trotz dem sehr befriedigenden Verlauf des Kongresses konnten sich wohl die wenigsten Teilnehmer einer großen Sorge um die Zukunft des Liberalismus erwehren. Vielleicht war auch das schöne Oxford nicht die glücklichste Wahl als Tagungsort. Das Echo in der englischen Presse war eigentlich bloß auf zwei Zeitungen beschränkt, die «Times» und den eher skeptischen «Manchester Guardian». Sehr wenige Engländer teilen den Optimismus Grimonds, des Vorsitzenden der Liberalen Gruppe im Unterhause, daß die Zerwürfnisse in der Labour-Partei eine Wiederkehr der Liberalen als Partei der Linken wahrscheinlich mache. Auch auf dem europäischen Kontinent stehen die Chancen der Liberalen nicht gut. Bundespräsident Heuß war das einzige Staatsoberhaupt, welches den Kongreß schriftlich begrüßte. Aber, wie schon gesagt, der bewundernswerte Wiederaufstieg der liberalen Idee nach dem zweiten Weltkriege macht sich am meisten innerhalb der links und rechts von den offiziellen Liberalen stehenden Parteien bemerkbar. Überall dort ist der liberale Einfluß im Anwachsen begriffen, im gleichen Maße wie der Niedergang der Idee eines demokratischen Marxismus als Gegner der Weltherrschaft des Leninschen Marxismus. Ohne Opfer wird die freie Welt nicht triumphieren können und insofern ist die Frage des «Economist» vom 7. Sept. berechtigt, ob sich alle Kongreßteilnehmer bewußt waren, daß die eventuelle Notwendigkeit der Verteidigung der Freiheit mit atomaren und Panzerwaffen nicht durch Sorgen um ihre Buttersversorgung angezweifelt werden dürfe.

Adam Romer

Bericht aus Washington

Die Ankündigung, daß Rußland nun ein Geschöß mit interkontinentaler Reichweite besitze, hat in Washington keine Panik verursacht. Das rührt teilweise daher, daß in offiziellen Kreisen schon seit Wochen bekannt war, daß die Russen Versuche mit solchen Geschossen machten. Dabei waren sogar Einzelheiten über die zur Verwendung kommende Waffe bekannt geworden. Während man gerne zugibt, daß die Russen gewaltige Fortschritte auf diesem Gebiet gemacht haben, ist man doch allgemein der Ansicht, daß sie nicht vor den USA solche weitreichende Geschosse in Mengen herstellen können, die für militärische Operationen genügen. Man ist der Ansicht, daß beide Staaten dieses Ziel etwa gleichzeitig erreichen werden, das heißt in ca. zwei bis drei Jahren.

Der offizielle Optimismus angesichts der russischen Ankündigung hatte allerdings noch einen weiteren Grund: die feste Überzeugung, daß die Luft-Atommacht des Westens immer noch überragend ist, und selbst dann, wenn die Russen das gefürchtete interkontinentale Geschöß zum Einsatz bereit hätten, sie es nicht verwenden würden, da sie genau wissen, daß ihr Land der völligen Zerstörung durch die amerikanische Vergeltung nicht entgehen könnte. Mit andern Worten: dieses Ferngeschöß bringt keinen Ausweg aus dem «Unentschieden», das am Ende eines Atomkriegs droht.

Dieses Vertrauen spiegelt sich auch in der Herabsetzung der Zahl der amerikanischen Streitkräfte, welche die Regierung Eisenhower weiterführt. 100 000 Mann sollen entlassen werden, und eine weitere Herabsetzung wird ohne Zweifel bald folgen. Bis jetzt waren etwa 2 800 000 unter den Fahnen; es scheint festzustehen, daß bis zum Jahre 1960 das Total auf 2 500 000 sinken wird. Die Landtruppen werden durch diese Verminderung der Bestände am meisten betroffen, doch kommen auch die Luft- und Marineeinheiten nicht ungeschoren davon.

Militärische, technische, diplomatische und finanzielle Faktoren tragen zu dieser Politik bei. Die Entwicklung immer neuer Waffen mit immer größerer Feuerkraft innerhalb des gleichen Verbandes wird als Grund für die Reduktion der Mannschaftsbestände angegeben. Die Straffung und Vereinfachung der militärischen Organisation, zwecks Kürzung der Verwaltungslasten, ermöglicht ebenfalls Einsparungen; so werden z. B. 45 Bomber einer Abteilung zugeteilt, statt wie bisher 30.

Die Reduktion der überseeischen Garnisonen

In Deutschland und Japan werden Abstriche an den amerikanischen Mannschaftsbeständen vorgenommen. Der Abzug der amerikanischen Landtruppen aus Japan beginnt jetzt und wird zu Beginn des nächsten Jahres zum Abschluß kommen. Der Aufbau der japanischen Streitkräfte vollzieht sich sehr langsam, vom Standpunkt der militärischen Führer der USA aus betrachtet sogar beunruhigend langsam; doch geht es immerhin vorwärts. Gleichzeitig mit dem Abzug der Truppen aus Japan darf man auch eine Verminderung der amerikanischen Streitkräfte in Korea erwarten. Man denkt keineswegs daran, die Koreaner im Stiche zu lassen, doch soll in der Zukunft eine viel kleinere amerikanische Armee, zusammen mit den von den USA ausgebildeten südkoreanischen Streitkräften, die Demarkationslinie bewachen. Diese Truppen werden wahrscheinlich mit den modernsten Atomwaffen ausgerüstet.

Die NATO bleibt auch weiterhin unantastbar. Vorläufig sind irgendwelche tiefgreifenden Änderungen in den Beständen der amerikanischen Truppen, die Europa zugeteilt sind, unwahrscheinlich. Doch werden selbst hier gewisse Abstriche vorgenommen; das geschieht unter dem Druck des Rufs nach Einsparungen und Vereinfachungen. Von heute bis zum 30. Juni 1958 sollen die amerikanischen Bestände in Europa um etwa 35 000 Mann gekürzt werden, doch soll die Anzahl der Divisionen in Deutsch-

land unverändert bleiben. Je mehr sich die deutsche Armee und Luftwaffe entwickeln und je eher sie imstande sein werden, einen Teil der Last auf sich zu nehmen, desto größer wird natürlich die Versuchung werden, mehr amerikanische Truppen heimzuschaffen.

Trotz der beständig anwachsenden Verteuerung der militärischen Ausrüstung und der Notwendigkeit, Milliarden für die Forschung und die Entwicklung neuer Waffen auszugeben, bemüht sich die Regierung, die Ausgaben für die Verteidigung jährlich nicht über 38 Milliarden Dollar steigen zu lassen. Der steigende Druck inflationistischer Tendenzen in der Wirtschaft des Inlandes bereitet ihr keine geringen Sorgen. Trotzdem bemüht sie sich, den Wählern eine Herabsetzung der Steuern zu gewähren. Aus dieser Situation heraus macht sie fast verzweifelte Anstrengungen, Möglichkeiten zu Einsparungen zu finden. Da die Verteidigung und die Hilfe an das Ausland etwa drei Viertel des Gesamtbudgets ausmachen, konzentriert sich die Aufmerksamkeit natürlich auf diese beiden Posten.

Die Wirkung auf die Abrüstungsverhandlungen

Es wurde die Vermutung geäußert, daß die Widerspenstigkeit der Sowjetunion bei den Abrüstungsverhandlungen weitgehend der einseitigen Abrüstung der Westmächte zuzuschreiben sei, weil durch sie der Druck auf den Kreml, der zu einer Einigung hätte führen können, verringert worden sei. Diese Auffassung ist in Washington sehr verbreitet. Die führenden Politiker vertreten jedoch die Ansicht, daß die amerikanische Militärmacht auch mit weniger Mannschaften und Geld ungeschmälert bleibt und die Russen einen großen Irrtum begehen, wenn sie die Einsparungen als ein Zeichen der Schwäche deuten.

Was maßgebende Beobachter in Washington beunruhigt, ist die Wirkung der Herabsetzung der Truppenbestände des Westens auf den Kreml. Sie äußert sich in einer Verringerung des Drucks. Diese Beobachter sind überzeugt, daß die Sowjets im Inland gegenwärtig großen Schwierigkeiten gegenüberstehen infolge der Forcierung der Verteidigungsindustrie auf Kosten der Konsumgüter, deren das Volk so dringend bedarf. Sie halten es deshalb für bedauerlich, daß gerade in diesem Moment der Druck von außen nachläßt.

Es ist ebenfalls beunruhigend, daß die Russen gegenwärtig ihre militärische Macht zur Beeindruckung der neutralen Staaten zur Schau stellen. Das Auftauchen der Roten Marine im Mittelmeer und die großangelegten russischen Flottenmanöver in der Nähe der norwegischen Küste sind besonders dazu angetan, Verwirrung zu stiften.

Die Verteidigungspolitik der Regierung ist beständigen Angriffen ausgesetzt. Das wird sich bestimmt nicht ändern, wenn der Kongreß im Januar nach Washington zurückkehrt. Die Lage ist sehr verwickelt, denn man streitet sich nicht nur um Größe und Zahl der Truppen, sondern auch um deren Zusammensetzung. Dazu kommt das allgegenwärtige Problem der Innenpolitik; das Jahr 1958 bringt Neuwahlen: sämtliche Repräsentanten und ein Drittel der Senatoren müssen gewählt werden.

Welche Art der Bereitschaft ist die beste?

Man hört immer häufiger, daß die amerikanische Verteidigungspolitik den strategischen Waffen zu viel Bedeutung beimesse, sie zu stark fördere. Sie treibe die Vervollkommnung jener Waffen voran, die nur in einem totalen Krieg zur Verwendung kämen. Dagegen vernachlässige sie den Ausbau jener Mittel, die in einem Kleinkrieg benötigt würden. Die amerikanische Armee betont vor allem, daß sie immer einsatzbereit sein sollte, wenn irgendwo lokale Kämpfe ausbrechen sollten, was irgendwo auf der Welt geschehen könne. Die Führer der Armee sind überzeugt, daß es richtig sei, die atomische

Schlagkraft der USA zu bewahren, weil nur so der Ausbruch eines globalen Kriegs verhütet werden könne. Gleichzeitig betonen sie aber, daß die Armee auch für kleinere Aktionen jederzeit bereit sein müsse, um kleinere Einbrüche in das Gebiet der freien Welt verhindern zu können.

Das ist nur ein Teil des Problems. Daneben ist noch die grundsätzliche Frage zu beantworten: Wie weit muß die Verteidigung gehen, um ein «Unentschieden» in einem Atomkrieg zu gewährleisten? Die Kritiker des Regierungsprogramms führen an, daß die USA keinen Moment die Verwirklichung ihres Bereitschaftsprogramms vernachlässigen dürfen, da sonst die Russen soweit voran sein könnten, daß sie der Versuchung erliegen könnten, einen Angriff auszulösen. Wenn aber Ost und West in der Entwicklung nuklearer Waffen immer etwa gleich weit sind und auch die gleichen Mittel besitzen, sie wirkungsvoll einzusetzen, dann ist es sehr unwahrscheinlich, daß ein neuer Weltkrieg ausbricht. Man muß aber damit rechnen, daß die Russen jedes Zeichen der Schwäche ausnützen werden, und jene Leute, die das Programm des Präsidenten kritisieren, sind der Ansicht, daß dieses Sparprogramm im Laufe der Zeit unfehlbar zur Schwäche führen werde.

Leider ist das amerikanische Verteidigungsprogramm nicht auf sehr geschickte Weise angepriesen worden. Weder der amerikanische Stimmbürger, noch das Ausland können hievon einen günstigen Eindruck haben. Die Rivalität zwischen den verschiedenen Waffengattungen verdüstert das Bild, und die Politik im Kongreß hat auch zur Verwirrung beigetragen.

Eisenhowers Führerschaft

Bis zu Beginn dieses Jahres genoß Eisenhower tatsächlich uneingeschränkte Autorität in Fragen der nationalen Verteidigung. Sein Ruf als Militärfachmann war so groß, daß selbst seine unnachgiebigsten Gegner machtlos waren. In der letzten Session des Kongresses wurde jedoch seine Autorität zum ersten Male mit Erfolg in Frage gestellt. Der Kongreß, der unter allen Umständen sparen wollte, beschloß Abstriche am Verteidigungsprogramm und am Plan zur Hilfe für das Ausland, die tiefgreifende Folgen haben werden. Die Regierung stimmte allerdings einigen Kürzungen zu, den meisten dagegen nicht.

Die Führerschaft des Präsidenten wird in den kommenden Monaten schwere Proben zu bestehen haben. Irgendwie wird er eine Lösung finden müssen im Hinblick auf die bitteren Rivalitäten zwischen den verschiedenen Gruppen der Streitkräfte. Auch muß er sich entschließen, wie hoch die Ausgaben für die Verteidigung im Fiskaljahr 1958/59 sein sollen. Er muß ferner dem amerikanischen Volk und den Regierungen der verbündeten Nationen beweisen, daß die amerikanische Militärmacht den Russen gegenüber jederzeit in der Lage ist, auftauchende Schwierigkeiten zu meistern. Auch seinen Gegnern im Kongreß, die sich im Wahljahr besonders laut gebärden werden, muß er mit Festigkeit entgegentreten. Er muß der Welt das Vertrauen in die amerikanische Bereitschaft einflößen, das er und seine Ratgeber besitzen, das aber von einer zunehmenden Zahl von Leuten nicht mehr geteilt wird.

Richard J. Davis

Bericht aus der Tschechoslowakei

Heute, fast drei Monate nach dem sowjetischen Partei- und Staatsbesuch in der Tschechoslowakei, haben wir genügend Abstand, um eine einigermaßen zuverlässige Bilanz der Auswirkungen der Inspektionsreise Chruschtschews durch das Land des zuverlässigsten Satelliten zu ziehen: Die seit 1953 kaum wesentlich veränderte Parteiführung hat es zwar bisher verstanden, sich zu behaupten, doch arbeiten bereits starke Kräfte innerhalb des obersten Parteigremiums auf die Ausschaltung kompromittierter Männer der spätstalinistischen Ära hin.

Begeisterung für den Besieger des Stalinismus

Der Besuch der sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation, bei dem Ministerpräsident Bulganin vom Parteichef Chruschtschew stark in den Hintergrund gerückt wurde, erfolgte Mitte Juli — wenige Tage nach der politischen Liquidierung der «partei-feindlichen» Gruppe Malenkow, Molotow und Kaganowitsch. Das Prestige des Ersten Parteisekretärs Chruschtschew bei der Bevölkerung der Tschechoslowakei war durch diesen Machtkampferfolg über den als stalinistisch-reaktionär angesehenen Parteiflügel außerordentlich gestiegen; er wurde daher überall als Sieger über den Stalinismus freundlich begrüßt, zumal er wiederholt die Tüchtigkeit und den Fleiß der tschechoslowakischen Arbeiter und Techniker rühmte.

Nachdem die Entscheidung in Moskau zugunsten Chruschtschews gefallen war, schwenkte die Prager Parteiführung, deren Mehrheit während des Machtkampfes ihre Sympathien zu den Gegnern des Entstalinisierungsprozesses und ihre Abneigung gegenüber allen Reformversuchen Chruschtschews eindeutig bekundet hatte, auf die Linie des Siegers um, ohne jedoch äußerlich irgendwelche Änderungen in der Zusammensetzung des Politbüros oder der Regierung vorzunehmen, wie dies damals in Rumänien und Bulgarien geschah. Der sowjetische Parteichef wußte jedoch Freunde und Feinde in der Prager Parteiführung säuberlich auseinanderzuhalten. Ostentativ hob er die Verdienste des Ersten Parteisekretärs der KP der Tschechoslowakei, Antonin Novotny, hervor, der auf den höchsten Parteiposten berufen worden war, weil man einen ungefährlichen Nachfolger für den Ende 1952 hingerichteten Generalpartei-sekretär Rudolf Slansky — eines der letzten Opfer des rassistischen Verfolgungswahnes des greisen Stalin — brauchte. Noch auffallender bezeugte Chruschtschew seine Sympathien gegenüber Innenminister Rudolf Barak, der das unheilvolle Erbe der Stalin- und Berija-Ära im tschechoslowakischen Sicherheitswesen umsichtig ohne innere Erschütterungen liquidiert hatte, als er ihn bei der Fahrt vom Prager Hauptbahnhof zur Kaiserburg in seinen Wagen einlud. Als dritter im Bund der engsten Chruschtschewanhänger gilt Parteisekretär Jiri Hendrych, der sich als einziger noch aus der Slanskygruppe stammender Parteiideologe auch unter Novotny behaupten konnte. Diese drei Männer absolvierten dann im August einen Erholungsurlaub in der Sowjetunion, den ihre Gegner — mit Ministerpräsident Viliam Siroky an der Spitze — dazu ausnützten, um mitten in der Ernte eine überstürzte Kolchosierung der Landwirtschaft zu forcieren und den Kampf gegen die wenigen, noch übriggebliebenen selbständigen Gewerbetreibenden zu verstärken, wobei mit indirekten Vorwürfen gegenüber den in diesen Fragen behutsam vorgehenden Ersten Parteisekretär und den Innenminister nicht gespart wurde.

Chruschtschew gegen Experimente in Prag

Wer sich Hoffnungen macht, in Gesprächen mit der Bevölkerung von dem latenten Machtringen in der Parteiführung etwas zu erfahren, wird enttäuscht sein. Nach unten — in die Reihen der Parteimitglieder — präsentiert sich das Prager Politbüro

noch immer in monolithischer Einheit. Dennoch ist aufgefallen, daß die Broschüre mit Reden und Bildern vom sowjetischen Besuch derart redigiert wurde, daß Ministerpräsident Siroky besser wegkam als in Wirklichkeit. Die sorgfältigsten Beobachter des tschechoslowakischen Parteilebens bleiben jugoslawische Diplomaten, denen nicht entgangen ist, daß auch nach Chruschtschews Besuch die tschechoslowakischen Parteizeitungen mit versteckter Polemik gegen Jugoslawien nicht zurückhielten.

Warum Chruschtschew vorläufig alles beim alten bewenden ließ, läßt sich leicht beantworten. Die tschechoslowakische Parteiführung hatte in ihrer Gesamtheit während der polnischen und ungarischen Krise im vergangenen Herbst der Sowjetunion unwandelbare Treue gehalten und wird es auch weiter tun — schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb. Diese loyale Haltung gegenüber der jeweiligen Kremelführung, die Chruschtschew während eines Besuches durch Versprechen größerer Aufträge für die nicht ganz ausgelastete tschechoslowakische Industrie belohnte, ist jedoch auf innerpolitischem Gebiet von Starrheit begleitet. Den echten Anhängern Chruschtschews im Prager Politbüro gelang es jedoch bereits, von formellen Dezentralisierungsversuchen abgesehen, echte Reformen einzuleiten: So wurde mit Ende August das verhaßte Ministerium für Arbeitskräfte aufgelöst, dem vor allem die berufliche Ausbildung der Jugendlichen oblag. Zugleich wurden die staatlichen Lehrlingsschulen abgeschafft und die Sorge um den Facharbeiternachwuchs den Betrieben übertragen. Die Tatsache, daß die Jugendlichen künftig in der Nähe ihres Heimatortes zum Arbeitseinsatz gelangen sollen, wird von den Eltern besonders lebhaft begrüßt, da zugleich das Recht und die Pflicht des Elternhauses, die Kinder zu erziehen, hervorgehoben wurde. In den staatlichen Lehrlingsheimen war die Moral der Jugendlichen großen Gefahren ausgesetzt. Bei diesem Regierungsbeschluß wirkte zweifellos auch die Überlegung mit, daß im Elternhaus die Kinder nicht zu kämpferischem Fanatismus erzogen werden, der die Jugend Ungarns im entscheidenden Augenblick veranlaßte, sich auf die andere Seite der Barrikaden gegen ihre kommunistischen Erzieher zu stellen.

Verbesserung des Lebensstandards versprochen

Den entscheidenden Schritt zur Wende in der Innenpolitik machte man jedoch Ende August durch den Regierungsbeschluß, der eine Verbesserung des Lebensstandards vorsieht, den bereits Chruschtschew als den höchsten unter den kommunistischen Staaten rühmte. Vor allem sollen die Dienstleistungen der örtlichen Versorgungsbetriebe wesentlich verbessert werden. So sollen für die berufstätigen Frauen, die heute mehr als 43 Prozent aller Arbeitskräfte bilden, die Landwirtschaft gar nicht inbegriffen, Wäschereien ausgebaut und Friseursalons für höhere Ansprüche errichtet werden. Auch die Dörfer sollen mehr Friseurgeschäfte erhalten. Die Instandhaltung der Wohnhäuser, die durchwegs schon nahezu zwei Jahrzehnte kaum repariert wurden, soll intensiviert werden, wozu sogar die privaten Hausbesitzer zinslose Darlehen erhalten werden, die durch Gebühren für größere Wohnungen aufgebracht werden. Diese getarnte Mietzinserhöhung ist seit dem 1. Juli 1957 in Kraft. Auch den Fahrzeugbesitzern soll das Leben leichter gemacht werden: Da im vergangenen Jahr rund 10 000 neue Personenautos in Betrieb genommen wurden (der größere Teil davon allerdings von Ämtern und Betrieben), reichen die wenigen noch bestehenden öffentlichen Tankstellen und Reparaturwerkstätten bei weitem nicht aus. Die allmählich eintretende Verbesserung des Lebensstandards charakterisierte kürzlich der Erste Vizeministerpräsident Dr. Jaromir Dolansky durch die Feststellung, daß noch vor kurzem die Verteilung der Bezugsscheine für Schuhe, heute aber die Zuweisung von Bezugsscheinen für Personenautos (zweifellos wegen der geringen Zahl) den Gewerkschaften das größte Kopfzerbrechen verursache. Der Regierungsbeschluß sieht ferner vor, daß die staatlichen Stellen bis Ende des nächsten Jahres keine Personenautos erhalten werden. Die freiwerdenden Wagen sollen als Taxi verwendet werden. Der

Prager städtische Taxibetrieb z. B. verfügt heute lediglich über 300 Wagen. Fährt man wochentags auf den Hauptstraßen des Landes, begegnet man fast ausschließlich schweren Lastautos; Personenautos und leichte Lieferwagen sind geradezu eine Ausnahme.

Davon überzeugten wir uns dieser Tage bei einer Fahrt zur III. Ausstellung der tschechoslowakischen Maschinenindustrie, die einen repräsentativen Querschnitt der Leistungen der 500 Maschinenfabriken des Landes gab. In vielen Fällen handelte es sich lediglich um Prototypen, deren serienmäßige Fertigung im Gegensatz zur vorjährigen Ausstellung noch in diesem, spätestens aber im nächsten Jahr anlaufen soll. Das technische Niveau der Erzeugnisse der Maschinenindustrie entspricht heute bereits, auch in der Oberflächenbearbeitung, durchaus westlichen Ansprüchen, da die sowjetischen Arbeitsmethoden, die sich noch vor einigen Jahren in der Tschechoslowakei breit machten, durch die Tüchtigkeit und traditionsreiche Erfahrung der Facharbeiter und Techniker ersetzt werden konnten. Einen großen Fortschritt verzeichnet die bisher vernachlässigte Konsumgüterindustrie. Der volksdemokratische Staat will beweisen, daß auch er imstande ist, die Bevölkerung mit Waschmaschinen, Kühlschränken, Küchenmaschinen und Fernsehgeräten zu versorgen. Nach amtlichen Angaben wurden im vorigen Jahr im Inland 224 000 Waschmaschinen, über 37 000 Kühlschränke und 48 000 Fernsehgeräte abgesetzt, wobei die Preise dieser Waren verhältnismäßig niedrig gehalten wurden (zwischen 2000 und 3000 Kcs bei einem Durchschnittslohn von 1243 Kcs monatlich). Diese Anschaffungen können jedoch, da Ratenzahlungen nur bei Möbeln zulässig sind, lediglich Familien durchführen, in denen mehrere Angehörige beschäftigt sind, denn der größte Teil des Verdienstes muß für Lebensmittel und die ziemlich teure und qualitativ noch sehr mangelhafte Bekleidung aufgewendet werden.

Belastungen durch Export

Das hohe Niveau der Maschinenindustrie, die heute mehr als 40% der tschechoslowakischen Exporte bestreitet, steht im scharfen Gegensatz zu den Leistungen der Bekleidungsindustrie, die einst Weltruf hatte. Dieselbe Diskrepanz zeigt sich zwischen dem gepflegten und architektonisch großzügig geformten Ausstellungsgelände, das bereits im nächsten Jahr eine Messe beherbergen wird, und dem Städtebild Brünns, obwohl gerade wegen der Ausstellung zahlreiche Renovationsarbeiten durchgeführt wurden. Der überstürzte Ausbau der Maschinenindustrie konnte nur durch gewaltige Einschränkungen des Lebensstandards bewältigt werden. Die Bevölkerung ist sich dieser Tatsache wohl bewußt, sie hofft jedoch, daß ihr der neue Wirtschaftskurs doch einige Erleichterungen im täglichen Leben bringen wird. Da aber der tschechoslowakische Außenhandel zu zwei Dritteln mit den kommunistisch regierten Staaten und zu einem Sechstel mit den Entwicklungsländern des Nahen Ostens abgewickelt wird, wobei der Warenaustausch in beiden Richtungen als eine eminent politische Angelegenheit gilt, dürften die Früchte des wirtschaftlichen Aufbaues nur in geringem Maße der Bevölkerung zugutekommen, da bei politischen Geschäften auch politische Preise bezahlt werden.

Otto Turecek